

Klar. Grün. Konstruktiv: Auf dem Weg in eine starke Opposition



1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 06.04.2025
Tagesordnungspunkt: P Politische Lage nach der Bundestagswahl 2025

Antragstext

1. Ein starker Wahlkampf

Wir haben einen starken Wahlkampf geführt: Mit extrem motivierten Mitgliedern – Zehntausende davon neu hinzugekommen –, mit überwältigender Resonanz auf unsere Veranstaltungen und mit Spendenrekorden. Wir haben ihn in der Defensive begonnen und daraus in Rekordzeit eine mutige, selbstbewusste Haltung erarbeitet. Und trotzdem ist das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar nicht das, wofür wir gekämpft haben. Statt einer Regierung mit starken Grünen wird Deutschland aller Voraussicht nach erneut von einer Stillstandskoalition aus CDU, CSU und SPD regiert. Der designierte Bundeskanzler hat bereits vor seiner Wahl eine schwindelerregende Zahl an Wortbrüchen und Kehrtwenden vollzogen – statt Orientierung in unsicheren Zeiten zu geben. Schwarzrot droht, eine Koalition zu werden, die die großen strukturellen Probleme in Deutschland und Europa wegen Uneinigkeit nicht angeht und stattdessen ihren altbekannten Klientelen nichts zumuten will. Sie deutet sich als eine Koalition an, die keine Antwort auf die existenziellen Herausforderungen der Klimakrise und des Artensterbens hat – und zugleich nicht in der Lage ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

Wir sind 2021 als Teil der Bundesregierung angetreten, unser Land für die Anforderungen der Zukunft zu wappnen, klimaneutralen Wohlstand zu ermöglichen und für mehr soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung aller Geschlechter und Bürger*innenrechte zu sorgen. Viel ist uns dabei gelungen - und das in einer Zeit großer Krisen: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine massive Energiekrise ausgelöst und einen zentralen Pfeiler des bisherigen deutschen Geschäftsmodells ins Wanken gebracht. Trotz der Blockadehaltung beim Haushalt und der engen Spielräume durch die Schuldenbremse ist es uns gelungen, das Land sicher durch diese Krise zu führen. Wir haben Orientierung gegeben, die Energieversorgung stabilisiert, die Erneuerbaren massiv vorangebracht, Deutschlands Abhängigkeit reduziert und uns in einer geopolitisch unsicheren Zeit klar an die Seite der Ukraine gestellt – für unser Land und für Europa. In Europa haben wir mit dem Green Deal das größte ökologische Gesetzespaket durchgesetzt, das es bisher gab. Wir haben Milliarden in den Natürlichen Klimaschutz investiert und das erste Klimaanpassungsgesetz in Deutschland verabschiedet. Den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl haben wir mit einer transparenten staatlichen Tierhaltungskennzeichnung begonnen. Wir haben Investitionen in den Schienenverkehr und die Sanierung der

36 gesamten Verkehrsinfrastruktur endlich zur Priorität und mit dem
37 Deutschlandticket den ÖPNV für Millionen Menschen einfach und bezahlbar gemacht.
38 Über das Kita-Qualitätsgesetz investieren wir bis 2026 zehn Milliarden Euro in
39 bessere und verlässlichere Kinderbetreuung. Wir haben mit dem Gewalthilfegesetz
40 endlich einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung von gewaltbetroffenen
41 Frauen und Mädchen und eine Bundesfinanzierung von 2,6 Mrd. Euro durchgesetzt
42 sowie mit dem Selbstbestimmungsgesetz einen historischen Schritt für die Rechte
43 trans- und nicht-binärer Menschen gemacht. Mit dem Kulturpass haben wir
44 Jugendlichen einen neuen Zugang zur Kultur ermöglicht und die Kulturwirtschaft
45 gestärkt. Wir verlassen diese Regierung in dem Bewusstsein, Deutschland in
46 vielen entscheidenden Bereichen in einem besseren Zustand zu hinterlassen, als
47 es vorher war.

48 Auch um diese und weitere Erfolge zu erreichen, waren Kompromisse notwendig.
49 Einige dieser Kompromisse gingen an unsere Schmerzgrenzen oder auch darüber
50 hinaus, haben dabei in Teilen unserer Wählerschaft für Irritation oder
51 Enttäuschung gesorgt. Sie waren das Ergebnis der Koalition mit einer meist
52 destruktiven FDP, die mehr blockieren als regieren wollte, und der mangelnden
53 Führung von Olaf Scholz, der nicht in der Lage war, einen fairen und geordneten
54 Interessenausgleich der drei Partner zu gewährleisten. Gekoppelt mit eigenen
55 Fehlern hat diese Konstellation auch dazu geführt, dass die Ampelregierung nicht
56 die nötige Sicherheit und Kompetenz vermitteln konnten, die es in Zeiten der
57 Verunsicherung auf ganz verschiedenen Ebenen gebraucht hätte – vor allem für die
58 Bewältigung der materiellen Sorgen der Menschen, der Sorge vor Ausgrenzung von
59 Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, aber auch für die
60 Planungssicherheit von Unternehmen. Besonders junge Menschen hatten nicht mehr
61 das Gefühl, dass wir an ihrer Seite für eine lebenswerte Zukunft kämpfen.

62 Dadurch haben wir in verschiedene Richtungen Vertrauen verloren. So hat unser
63 Bündnis mit der kritischen Zivilgesellschaft einige Risse bekommen. Wir müssen
64 aufarbeiten, wieso dies gerade im Bereich der Klima- und Umweltpolitik geschehen
65 ist, wo wir auch große Erfolge erzielen konnten. Gegenstand der Aufarbeitung
66 muss unser Umgang mit Kompromissen sein: Vor dem Kompromiss steht das klare
67 Eintreten für unsere gemeinsam erarbeiteten Positionen. Es muss unser Ziel sein,
68 unsere Erfolge besser darzustellen, offen zu sagen, welche Abstriche wir in der
69 Aushandlung in den gegebenen Mehrheitsverhältnissen machen mussten, und parallel
70 aufzuzeigen, wo wir eigentlich hinwollen. Dazu gehört auch ein besseres
71 kommunikatives Zusammenspiel von Regierung, Partei, Fraktion und
72 Landesregierungen, die jeweils eigene Akzente setzen können. Auf dieser
73 Grundlage sollten wir auch offen mit unseren Partnern sprechen, um den
74 Kompromiss in der Regierung als Werkzeug für Veränderung besser zu legitimieren
75 und gleichzeitig Kritik auch zu hören und nicht das Ziel aus den Augen zu
76 verlieren. Allerdings hätten wir an einigen Stellen die Unterstützung unserer
77 Partner*innen gebraucht, wenn die konkrete Klimapolitik in der Kritik stand. Wir
78 kämpfen auch mit ihnen weiter für eine ambitionierte
79 Gasunabhängigkeitsstrategie, gegen den drohenden Rollback unserer ambitionierten
80 Klimapolitik und für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Das verbinden wir

81 bewusst mit wertorientierten Umwelt- und Naturschutz, der die Bewahrung unserer
82 natürlichen Lebensgrundlagen als eigenes Ziel definiert.

83 Zugleich haben wir gesehen, dass besonders unsere klimapolitischen Vorhaben
84 viele verunsichert haben. Denn sie gingen davon aus, sie würden über Gebühr in
85 ihr Alltagsleben oder Wirtschaften eingreifen. Angesichts der wirtschaftlichen
86 und geopolitischen Umbrüche konnten die Kampagnen, die gegen unsere Politik
87 betrieben wurden, besonders gut verfangen. Die wirtschaftlich schwierige
88 Situation wurde uns angelastet. Wir stellen aber auch fest, dass es uns nicht
89 gelungen ist, diesen Ängsten angemessen zu begegnen, dass wir nicht immer
90 rechtzeitig für die soziale und wirtschaftliche Absicherung sorgen konnten und
91 die Umsetzung zu sehr ins Kleinklein ging.

92 Unsere Politik speist sich aus der Einsicht, dass gewandelte Umstände – seien es
93 klimapolitische Notwendigkeiten, geopolitische Umwälzungen, gesellschaftliche
94 Umbrüche – politische Veränderungen erfordern, damit es gerecht, demokratisch
95 und nachhaltig zugehen kann. Gleichzeitig befinden wir uns in einer
96 Stimmungslage, die einerseits konkreten Veränderungen skeptisch gegenübersteht
97 und andererseits klar einfordert, dass sich grundlegend etwas ändert. Die
98 Menschen erwarten von der Politik Antworten auf diese Herausforderungen, die
99 alltagstauglich sind und Zuversicht geben. Viele haben in ihrem Alltag genügend
100 Herausforderungen und wollen daher nicht noch vielen weiteren Problemen der
101 Zukunft ausgeliefert sein. Sie wollen zu Recht, dass ihr Leben besser und
102 gerechter wird. Sie wollen auch, dass das Land funktioniert, weniger
103 schwerfällig und kompliziert ist. Das ist der letzten Bundesregierung, das ist
104 auch uns trotz unserer großen Erfolge nicht im ausreichenden Maß gelungen. Trotz
105 hartem Kampf konnten wir einige der hohen Erwartungen an feministische Reformen,
106 wie die des Abstammungsrechts für lesbische Paare und ihre rechtliche
107 Elternschaft sowie des Paragraphen 218, nicht erfüllen.
108 Hier, wo wir in der Regierungskoalition eine Schwäche hatten, müssen wir jetzt
109 unsere Stärke wiederfinden: nämlich aufzuzeigen, wie Lösungen den Alltag besser
110 machen, und wo nötig und möglich auch dazu beitragen, unsere globalen Probleme
111 zu lösen. Dass dies Hand in Hand gehen kann, haben wir zum Beispiel bei der
112 dezentralen Energiewende gesehen, die dort besonders gut funktioniert, wo
113 Kommunen oder Privathaushalte über eigene Anlagen zu selbstbestimmten Akteuren
114 werden und von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren.

115 Im Wahlkampf konnten wir im Ansatz zeigen, was wir aus unserer
116 Regierungserfahrung und auch unseren eigenen Fehlern gelernt haben und wie wir
117 den begonnenen Weg im Dienste unseres Landes hätten fortführen können. Der
118 direkte Kontakt im Wahlkampf – zum Beispiel bei den Küchentischgesprächen – hat
119 dazu beigetragen. Trotzdem haben wir entscheidende Debatten nicht für uns
120 gewinnen können – etwa zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder zur Asyl-
121 und Migrationspolitik, bei der wir eine kommunikative und strategische
122 Unklarheit an den Tag gelegt haben und nicht deutlich genug mit einer
123 eigenständigen Position und klaren Haltung erkennbar waren. Einerseits ist es
124 nicht gelungen, mit unseren Werten als Menschenrechtspartei von einer Politik
125 der Humanität zu überzeugen. Andererseits konnten wir nicht mit überzeugenden

126 Antworten auf Probleme und Herausforderungen vor Ort durchdringen. Dadurch haben
127 wir Vertrauen verloren. Wir wollen glaubwürdig als Menschenrechtspartei
128 erkennbar sein, die Chancen von Migration ausreichend sichtbar machen und
129 Ansprechpartnerin für die Menschen vor Ort sein, um von uns zu überzeugen.

130 Wir wollen auch daraus lernen, warum wir uns in der Polarisierung der letzten
131 Wahlkampfwochen, die durch den Wort- und Tabubruch der Union in ihrer
132 gemeinsamen Abstimmung mit der AfD ausgelöst wurde, nicht genug behaupten
133 konnten. Wir haben nicht ausreichend ausgestrahlt, dass Regieren kein
134 Selbstzweck ist – und dass eine Regierungsbeteiligung mit der CDU an klare
135 Bedingungen geknüpft war. Durch den Wortbruch der gemeinsamen Abstimmung mit der
136 AfD durch die Union unter Friedrich Merz und mangelnden Mehrheiten für andere
137 Bündnisse fehlte am Ende eine glaubwürdige machtpolitische Perspektive für eine
138 Stimme für Bündnis 90/Die Grünen. Es gilt für uns: Wir beteiligen uns an einer
139 Regierung dann, wenn wir sozial-ökologisch, feministisch und bei den Menschen-
140 und Bürgerrechten echten Fortschritt erreichen und diese Regierung die
141 Europäische Einigung und den Schutz der Freiheit in Europa als Kernprojekt
142 deutscher Politik verfolgt.

143 Die erfolgreichen Ansätze und der Schwung aus der Wahlkampagne sind eine gute
144 Grundlage, um die Lücken aufzuarbeiten und zu schließen. Diesen Weg wollen wir
145 jetzt gehen. Das ist um so nötiger, als wir uns einem weltweiten Rechtsschwenk
146 gegenüber sehen, der eine ideologische Verbrüderung von Putins Russland und den
147 USA unter Trump mit sich bringt. Die Verletzung internationalen Rechts,
148 Brutalität und Grausamkeit sowie Menschenverachtung werden zu normalen
149 Politikmitteln gegebenüber allem, was schwächer scheint. Sie wollen Schwarze,
150 Frauen, behinderte Menschen oder Trans- und Homosexuelle marginalisieren und in
151 ihren Rechten beschneiden. Wissenschaft wird zum Feind. Dieses Gegenprogramm zur
152 Demokratie fasst nach und nach auch in Europa Fuß und wird normalisiert. Dieser
153 Konflikt zwischen einer erstarkten Rechten und der liberalen, werteorientierten
154 Demokratie wird auch in Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ausgetragen. Die
155 Prinzipien und Ideen der Aufklärung müssen weiter die Leitlinie der Politik in
156 Europa bleiben.

157 **2. Klare, gestaltende und empathische Opposition**

158 Wir stehen jetzt am Anfang einer Oppositionszeit unter radikal veränderten
159 Vorzeichen. Durch das Erstarken von Rechtsextremen und Autoritären geraten die
160 regelbasierte Weltordnung und der freie Handel, die bis heute der Anspruch des
161 politischen und wirtschaftlichen Handelns Deutschlands sind, immer mehr unter
162 Druck. Die Klimakrise und die Plünderung unseres Planeten werden immer
163 deutlicher spürbar und greifen existenziell in das Leben von Milliarden Menschen
164 ein. Die Wirtschaft steht durch diese Umbrüche und mangelnde
165 Produktivitätssteigerungen im letzten Jahrzehnt vor riesigen Herausforderungen
166 und Anpassungen, was sich auch in Arbeitsplatzverlusten und Umstrukturierungen
167 niederschlägt. Und schließlich setzt der demografische Wandel unsere
168 Sozialsysteme unter Druck, was auch zu höheren Beiträgen führt. Verkrustete
169 Strukturen und eine Zementierung sozialer Ungleichheit geben ihr Übriges für
170 einen potentiell explosiven Mix. Wir stellen uns entschieden gegen den

171 populistischen Kurs jener, die Armut stigmatisieren, Menschen gegeneinander
172 ausspielen und den Sozialstaat aushöhlen wollen.

173 Die politische Auseinandersetzung, die wir in der Opposition suchen werden,
174 findet in einer gewandelten und sich immer weiter wandelnden Öffentlichkeit
175 statt, die von zunehmender Fragmentierung und der Dominanz von Tech-Oligarchen
176 gekennzeichnet ist und in der groß angelegte Desinformationskampagnen aus dem
177 eigenen Land wie von außen stetig mehr Wirkung entfalten können. Das stellt neue
178 Anforderungen an unsere Arbeit als politische Partei. Wir müssen auf
179 verschiedene Weise in die Gesellschaft und die politische Öffentlichkeit wirken
180 – über die traditionellen Medien, soziale Netzwerke, vor allem aber auch den
181 beständigen direkten Austausch auch jenseits von Wahlkampfzeiten und auch mit
182 jenen, die uns nicht sofort zustimmen. Diese Herausforderung ist besonders groß
183 in den ostdeutschen Bundesländern, wo sich in der Gesamtlage ein immenser
184 Vertrauensverlust in die demokratische Parteienlandschaft zeigt. Die starke
185 Zustimmung für Parteien, die Bündnis 90/Die Grünen zum Feindbild erklären, sorgt
186 in den strukturell schwachen Regionen und insbesondere im Osten Deutschlands für
187 einen nochmals stärkeren politischen Gegenwind.

188 Wir stellen zugleich fest, dass in der politischen Debatte immer weniger die
189 sachliche Auseinandersetzung über Inhalte, sondern Vorurteile,
190 Falschbehauptungen und Zuschreibungen eingesetzt werden. Schon vor dem
191 Regierungseintritt hat ein großer Teil der politischen Mitbewerber*innen
192 erfolgreich darauf gesetzt, uns auf diese Weise zu diskreditieren und damit die
193 Anschlussfähigkeit unserer Inhalte in weite Teile der Gesellschaft zu
194 unterlaufen. Das war auch dank der digitalen Verbreitungswege erfolgreich, deren
195 Algorithmen Hass und Hetze begünstigen. Wir werden uns damit auseinandersetzen,
196 warum einige dieser Kampagnen besonders gut verfangen konnten. Dazu gehört
197 besonders eine Betrachtung der politischen Debatten, die wir in der
198 Regierungszeit verloren haben – und den Gründen dafür.

199

200 In diesen Debatten werden oft auch die Rechte unterschiedlicher Gruppen
201 gegeneinander ausgespielt. Wir stellen uns klar gegen die Instrumentalisierung
202 von Frauenrechten. Rassismus schadet dem Zusammenhalt in diesem Land, er
203 schwächt die Sicherheit. Auch der Klimaschutz lässt sich nicht gegen soziale
204 Gerechtigkeit ausspielen – im Gegenteil: Klimaschutz ist kein Wohlfühlthema für
205 einkommensstarke Milieus, sondern eine zentrale Frage der sozialen
206 Gerechtigkeit.

207 In den Verhandlungen zum Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für
208 Infrastrukturinvestitionen und der Grundgesetzänderung für mehr Sicherheit haben
209 wir gezeigt, welche Haltung wir in den kommenden Jahren einnehmen wollen: eine
210 klare, gestaltende und empathische Opposition. Wir wollen führende Kraft der
211 linken Mitte werden, die die Achtung der Menschenrechte, den Schutz der Natur,
212 die Wahrung und Erneuerung unserer Freiheit, soziale Gerechtigkeit,
213 Gleichstellung und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft – in einem geeinten
214 Europa – auf die Agenda des Parlaments und der Gesellschaft setzt. Für unsere
215 Politik schmieden wir breite Bündnisse. Wir zielen darauf ab, mit der

216 Zivilgesellschaft und mit allen Parteien mit denen progressive Politik auf Basis
217 unserer Grundwerte möglich ist, Mehrheiten, unter anderem in der linken Mitte,
218 zu organisieren. Mit erneuerten programmatischen Grundlagen wollen wir als
219 starke Mitgliederpartei weiter in die Gesellschaft ausgreifen, zuhören,
220 diskutieren und daraus die Kraft für Veränderung und Gestaltung schöpfen. Wir
221 wollen dabei auch in der Opposition Vorschläge machen, die die zukünftigen
222 Herausforderungen in den Blick nehmen, vorausdenken und neue Antworten
223 entwickeln. Wir wollen als Opposition Vorschläge unterbreiten, die konkret
224 umsetzbar sind und gleichzeitig Teil der Lösung für unsere großen strukturellen
225 Herausforderungen sind, damit sie reale und greifbare Verbesserungen im
226 Alltagsleben aller Menschen bewirken können. Und wir wollen unsere
227 Oppositionsarbeit im Bundestag mit unserer täglichen Arbeit für das Land in
228 Rathäusern, Dezernaten oder Landesministerien verknüpfen und ebenso mit unserem
229 Einfluss im Bundesrat und dem Europäischen Parlament – eine wirkmächtige Partei
230 auf allen Ebenen. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
231 will mitgestalten für ein nachhaltiges, demokratisches und gerechtes Deutschland
232 und Europa, wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen! Für diese Mehrheit
233 sind wir Bündnispartei mit der vielfältigen Zivilgesellschaft.

234 **3. Mit inhaltlicher Stärke als Antriebskraft**

235 Unsere inhaltliche Stärke ist unsere Antriebskraft. Während in der neuen
236 Bundesregierung eine Koalition des Aneinanderreihens von Wahlversprechen statt
237 des klaren Angehens echter Herausforderung für unsere Gesellschaft droht, wollen
238 wir unser Programm auf der Höhe der Zeit weiterentwickeln. Unser Ziel ist und
239 bleibt es, dieses Land ökologischer und gerechter zu machen.

240 Darum wollen wir an unserem Profil arbeiten, gemeinsam diskutieren und uns für
241 die Zukunft aufstellen. Wir wollen die Erfahrungen aus der Regierungszeit und
242 aus dem Bundestags- und Europawahlkampf analysieren und davon lernen.

243 Wir wollen dabei nicht in erster Linie von den politischen Instrumenten her
244 denken, sondern von den Anforderungen, die die Menschen in den verschiedensten
245 Lebenslagen an die Politik stellen. Wenn wir als Partei in einer fragmentierten
246 politischen Landschaft das nötige Gewicht zur aktiven Gestaltung erreichen
247 wollen, brauchen wir einerseits eine klare Haltung und gesellschaftliche
248 Verankerung, zugleich aber die Fähigkeit, darüber hinaus Menschen anzusprechen,
249 die wir bisher noch nicht von uns überzeugen konnten: Nur wer einen festen Stand
250 hat, kann auch effektiv ausgreifen. Wir wollen mit einer klaren Haltung
251 progressive Bündnisse schmieden und ermöglichen. Deshalb gehört es zu unserer
252 Aufgabe, uns zu fragen, wie wir die Menschen, die uns einmal gewählt haben –
253 unabhängig davon, wohin sie abgewandert sind – wieder zu uns holen. Dafür
254 braucht es ein Programm, das auf vielfältige Bedürfnisse antwortet, und zugleich
255 eine Ansprache, die ganz verschiedene Menschen adressiert.

256 Das erzeugt auch Widersprüche: Eine Partei für viele hat auch viele Facetten,
257 Stile und Ansichten. Es war und ist unsere Stärke als Grüne, diese verschiedenen
258 Ansätze auszudiskutieren und dann gemeinsame Entscheidungen zu treffen. So
259 getroffene Beschlüsse sind für die Verantwortungsträger*innen der Partei
260 handlungsleitend. Alle Grünen haben die Verpflichtung diese Beschlüsse

261 anzuerkennen. Das geht einher mit unserem Selbstverständnis, unsere Programme
262 und Positionen angesichts einer sich ändernden Realität weiterzuentwickeln, ohne
263 dabei das Fundament des Grundsatzprogramms zu verlassen.

264 Wir wollen noch besser darin werden, Unterschiede in unserer Partei auf der
265 Basis unserer gemeinsamen Werte auch auszuhalten. Die Grundlage dabei ist stets:
266 Innerparteilichen Wettstreit führen wir nicht als Gegner*innen, sondern um die
267 besten Ideen. Wir diskutieren nicht nur abstrakt über eine Orientierung, sondern
268 auch konkret über Lösungen und Haltungen. Damit nehmen wir auch eine
269 gesellschaftliche Rolle ein, die wir immer wieder in entscheidenden politischen
270 Momenten unseres Landes einnehmen konnten: Bündnis 90/Die Grünen sollen der Ort
271 sein, an dem gesellschaftliche Debatten offen ausgetragen werden können, um den
272 gesellschaftlichen Diskurs zu prägen und dann Eingang in den politischen Prozess
273 zu finden. Diesen Ort hat unsere Gesellschaft nötig. Dieser Ort wollen wir in
274 der Opposition wieder vermehrt sein und uns der Diskursverschiebung nach rechts
275 entgegenstellen.

276 Wir haben im Wahlkampf erfahren, dass es uns nicht auf allen Themenfeldern
277 gelungen ist, bei unseren innerparteilichen Klärungen mit den schnellen
278 Veränderungen der politischen Lage Schritt zu halten. Bei vielen Themen haben
279 wir einen großen Konsens innerhalb unserer Partei, bei anderen haben wir
280 auseinanderlaufende Positionen, die wir bisweilen mit Formelkompromissen
281 verbunden haben. Hier stehen Debatten und Entscheidungen an, die wir in den
282 kommenden Monaten konstruktiv und demokratisch führen wollen. Dazu gehört es für
283 uns, zukunftsweisende Konzepte auszubuchstabieren:

284 1. **Wir geben unserem Leitbild einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“
ein**

285 **Update:** Deutschlands europäisches Wohlstandsmodell braucht eine
286 nachhaltige Erneuerung. Das Zusammenspiel offener, fairer Märkte mit
287 funktionierendem Wettbewerb und möglichst stabilen makroökonomischen
288 Rahmenbedingungen in einer von geopolitischen Motiven getriebenen Politik
289 anderer Wirtschaftsräume erfordert neue Antworten. Wie kann eine
290 resiliente, nachhaltige Gesellschaft entstehen unter dem Druck der
291 Gewinnmaximierung der Kapitalmärkte? Bei unseren Instrumenten klären wir,
292 wie ein intelligenter Mix aus Preissignalen, Ordnungsrecht, Anreizen und
293 Industriepolitik aussieht, der wo nötig wirksam reguliert und gleichzeitig
294 unnötige Bürokratie zurückdrängt. Aktive Wettbewerbspolitik kann zu einem
295 Markenzeichen grüner Politik werden, um europäische Innovation und
296 Resilienz zu ermöglichen sowie wirtschaftliche Machtkonzentration und
297 übermächtigen Lobbyismus wie bei den digitalen BigTech-Konzernen
298 entgegenzutreten. Unsere Wirtschaftspolitik soll einen Beitrag dazu
299 leisten, dass das Leben bezahlbar bleibt. Beim Steuersystem muss die
300 ungleiche Vermögensverteilung so gerechter werden, dass gleichzeitig
301 starke Investitionsanreize für Unternehmen im Inland gesetzt werden. Wir
302 werden ausbuchstabieren, wie gute, tariflich gesicherte Arbeit statt
303 prekärer Beschäftigung für alle Arbeitnehmer*innen Realität werden kann,
304 neue Flexibilitätsbedarfe realisiert und Fragen von Weiter- und Ausbildung
305 adressiert werden können.

306 2. **Wir arbeiten an sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge, die für alle
funktioniert.** Wesentliche Bestandteile davon sind eine neue Basis für
307 unsere sozialen Sicherungssysteme, die dem demografischen Wandel
308 standhalten, die wirklich vermögens- und einkommensgerecht finanziert sind
309

und allen die Sicherheit geben, im Alter und im Notfall gut versorgt zu sein; ein gerechtes Bildungssystem, das für alle funktioniert und die Möglichkeit für individuelle Entfaltung und sozialen Aufstieg bietet; eine Gesundheitsversorgung, die einfachen und verlässlichen Zugang zu ärztlicher Versorgung und würdiger Pflege bietet und solidarisch finanziert ist. Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und Unterstützung, baut auf ihr Engagement, eröffnet neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen; ein Bürgergeld, das Erwerbslosen und Menschen mit zu geringem Einkommen ein sozio-kulturelles Existenzminimum immer garantiert und mit individueller Unterstützung, Respekt und Wertschätzung neue Chancen und Perspektiven eröffnet und auf Empowerment und – sofern möglich – Mitwirkung setzt statt auf Maßnahmen, die Leistungsbeziehende unter Generalverdacht stellen und ihre Würde verletzen; damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein. Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt werden kann – diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

3. **Wir gestalten Demokratie und Teilhabe für alle Menschen in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft.** Wir stehen dabei für eine fakten- und forschungsbasierte Asyl- und Migrationspolitik, die Integration ermöglicht, das individuelle Grundrecht auf Asyl verteidigt, konkrete Verbesserungen vor Ort schafft und Herausforderungen angeht, die Migration auch mit sich bringt. Dazu gehört es auch, Rassismus und der wachsenden Ausgrenzung von Menschen entgegenzutreten. Wir sorgen für Geschlechtergerechtigkeit, denn der Stand der Frauenrechte zeigt stets, wie es um die Menschenrechte in einer Gesellschaft bestellt ist. Deshalb setzen wir uns entschlossen für die volle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter ein. Mit Sorge beobachten wir zunehmende rechte Narrative. Diese greifen dabei oft auf offene oder versteckte Frauenfeindlichkeit zurück und versuchen, bereits Erreichtes zurückzunehmen. Diesem Trend stellen wir uns entschieden entgegen. Um unsere Demokratie zu stärken und die ganze Gesellschaft abzubilden, wollen wir Parität in der Politik durchsetzen und Führungspositionen in allen Bereichen vielfältiger besetzen. Gleichstellungsinstitutionen, die zunehmend von konservativen und rechten Kräften angegriffen werden, müssen geschützt und weiter ausgebaut werden. Echte Selbstbestimmung bedeutet auch, den Paragraph 218 abzuschaffen, reproduktive Rechte zu stärken und den Gewaltschutz auszubauen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Versprechen, sondern Realität ist.

5. **Wir formulieren eine Außenpolitik in den veränderten geopolitischen Realitäten** – mit einer sicherheitspolitischen Antwort, aber auch einer neuen wirtschaftlichen Resilienz. Wir verteidigen die Menschenrechte nach innen und außen und setzen auf die feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Wir beschreiben weiter konkret, was es angesichts des russischen Angriffskrieges bedeutet, Friedenspartei zu sein. Wir diskutieren die innenpolitischen Herausforderungen außenpolitischer Konflikte: Wie festigen wir vor dem Hintergrund der unterschiedlichen deutschen Geschichten mit Blick auf die Sowjetunion unsere Solidarität zur Ukraine? Wie diskutieren wir über schwierige und polarisierende Themen, besonders den israelisch-palästinensischen Konflikt mit dem andauernden Krieg in Gaza und seine komplexen Auswirkungen auf die politische Debatte in Deutschland? Wir buchstabieren auch die Zukunftsvorstellung unseres

367 Grundsatzprogramm einer „Föderalen Europäischen Republik“ und ihre
368 Einbindung in eine internationale politische Ordnung aus.

369 Unser Grundsatzprogramm bietet die Wertegrundlage für diese Diskussionen.

370 Mit solchen glaubwürdigen und positiven Gegenentwürfen begegnen wir auch der
371 Rechtsverschiebung der politischen Landschaft. Bündnis 90/Die Grünen können und
372 sollen Orientierungsort für Kräfte sein, die sich dem Rechtsruck entgegenstellen
373 wollen. Dazu gehört eine Analyse des Erstarkens der AfD, rechtsradikaler Kräfte
374 und ihrer Partner, bei uns in Deutschland und weltweit: Welchen Anteil haben wir
375 daran, und welchen Anteil und welche Rolle können wir daran haben, sie zu
376 schwächen?

377

378 Mit unseren Kernthemen wie Natur- und Umweltschutz, guten, gleichwertigen
379 Lebensverhältnissen, den wirtschaftlichen Chancen der Energiewende, bezahlbaren
380 Alternativen zum eigenen Auto und nachhaltiger regionaler Wirtschaft machen wir
381 dem ländlichen Raum ein Angebot, die eigene Kraft und den eigenen Einfluss zu
382 stärken. Die ländlichen Räume und ihre Bevölkerung brauchen Perspektiven statt
383 Populismus. Damit sorgen wir für ein gutes Leben und drängen antidemokratische
384 Kräfte zurück.

385

386 Wir gehen all diese Herausforderungen europäisch an. Wir tun das, indem wir die
387 europäische Einigung im Angesicht von Populismus und Wiedererstarken des
388 Nationalismus so voranbringen, dass sie die Europäer*innen wieder begeistert und
389 deutlich macht, dass wir zusammen stärker sind.

390 Unsere Rolle als zentrale demokratische Oppositionspartei gibt uns in diesem
391 Prozess die Chance, unsere grünen Werte selbstbewusst nach vorne zu stellen und
392 gleichzeitig neue programmatische Impulse zu entwickeln. Wir fangen nicht bei
393 Null an: Nachdem wir in unserer Regierungsbeteiligung viele Weichenstellungen
394 für die klimaneutrale und gerechte Erneuerung unseres Landes und seines
395 Wohlstands haben vornehmen können, werden zur kommenden Bundestagswahl in vielen
396 Bereichen neue Konzepte vonnöten sein. Sie müssen nach den nötigen Kompromissen
397 in der Regierungszeit unser eigenes grünes Profil wieder entwickeln und deutlich
398 sichtbar machen. Die Konsequenzen aus der Plünderung unseres Planeten und der
399 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen werden wir in klarerer und lebendigerer
400 Sprache beschreiben und mit unseren Antworten zusammen kommunizieren. Unsere
401 Konzepte müssen sich auf der Höhe der grundlegend veränderten weltpolitischen
402 Zusammenhänge befinden, der digitalen Revolution Rechnung tragen, unseren
403 demokratischen und sozialen Zusammenhalt stärken und die ökologischen Grundlagen
404 für unser Leben auf diesem Planeten sichern können. Dabei behalten wir immer den
405 Menschen in seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik.

406 **4. Die Bündnispartei für morgen - unsere Partei zukunftsfähig machen**

407 Eine treibende und gestaltende demokratische Opposition findet nicht nur im
408 Bundestag und anderen politischen Gremien statt. Sie wird von der Partei als
409 Ganzes getragen. Damit unsere gewachsene Partei diese Rolle ausfüllen kann, muss
410 sie noch sichtbarer, partizipativer und demokratischer werden.

411 Wir haben oft aus Rückschlägen gelernt: Wir sind aus dem Bundestag geflogen und
 412 haben daraufhin unsere erste Regierungsbeteiligung errungen. Wir sind nach dem
 413 Ende der ersten Regierungsbeteiligung weiter gewachsen, sind in die
 414 Staatskanzlei in Baden-Württemberg und zahlreiche Landesregierungen und
 415 Rathäuser eingezogen. Wir haben dazu beigetragen, die Europäische Union mit dem
 416 Green Deal auf Klimakurs zu bringen. Wir sind immer wieder in zahlreiche
 417 europäische Regierungen und Parlamente eingezogen. Mit dem Rückenwind unserer
 418 Regierungsbeteiligung, eines erfolgreichen Wahlkampfes und den Zehntausenden
 419 neuer Mitgliedern haben wir erneut die Möglichkeit, stärker wieder
 420 zurückzukehren. Unsere Partei ist erfahrener, schlagkräftiger, digitaler und
 421 vernetzter als je zuvor. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um unseren Beitrag
 422 zur Stabilisierung unserer bedrohten Demokratie zu leisten und das Land als
 423 führende Kraft der linken Mitte zu gestalten. Dazu greifen wir auch auf die
 424 Erfahrungen aus dem Wahlkampf zurück und entwickeln erfolgreiche Formate in der
 425 Fläche weiter, zum Beispiel indem wir aufsuchende Konzepte wie Haustürbesuche
 426 auch zwischen den Wahlkämpfen nutzen.

427 Das bekräftigt einerseits klar, dass wir nicht für eine gesellschaftliche Nische
 428 stehen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, konstant mit
 429 zivilgesellschaftlichen Akteuren von lokaler bis globaler Ebene, mit Kultur und
 430 Wissenschaft, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit den Kirchen, Religions-
 431 und Weltanschauungsgemeinschaften nicht nur im Austausch zu sein, sondern
 432 gemeinsam Konzepte zu entwickeln, um Mehrheiten zu erringen. Deshalb gilt es,
 433 von den eigenen Standpunkten her Bündnisse zu schließen, aufeinander zuzugehen,
 434 und dafür zu sorgen, dass gesellschaftliche Bündnisse überhaupt noch möglich
 435 sind.

436

437 Wir werden uns als Partei nicht auf Hochburgen zurückdrängen lassen. Wir wollen
 438 überall stärker werden: an den Rändern der großen Städte und Ballungsräume, in
 439 mittleren Städten und im ländlichen Raum. Gerade hier braucht es Zugang zu
 440 Erfahrungswissen und Unterstützung, um handlungsfähig zu bleiben und Populismus
 441 mit Perspektiven begegnen zu können. Dafür braucht es den kontinuierlichen
 442 Austausch vor Ort ebenso wie Expertenwissen von außen und gemeinsames, stetiges,
 443 auch kleinteiliges Engagement. Wir wollen die Perspektiven und Erfahrungen
 444 unserer aktiven grünen Mitglieder sammeln und Erfolgsrezepte innerparteilich
 445 bekannter machen. Dafür stärken und unterstützen wir den Austausch auf
 446 Bundesebene.

447 Wir wollen aus dieser Haltung unseren Anspruch als Bündnispartei neu definieren.
 448 Dabei greifen wir nicht zuletzt auch auf die politische Traditionen des Bündnis
 449 90 in Ostdeutschland und der Bürgerbewegungen, die zur Gründung der Grünen
 450 geführt haben, zurück. Wir erwarten nicht, dass der Staat alle Probleme löst,
 451 noch gehen wir davon aus, dass der Markt es schon richten wird. Neben dem
 452 demokratischen Staat und dem sozial-ökologischen Markt als definierende Kräfte
 453 unserer Gesellschaft zählt für uns maßgeblich eine aktive Bürgergesellschaft.
 454 Wir haben dabei unsere Partei im Blick und darüber das Land als Ganzes, denn

455 unser Ziel muss es sein, den Einfluss antidemokratischer Parteien und Kräfte
456 zurückzudrängen. Drei Gedanken spielen dabei eine wichtige Rolle:

457 1. Als Erstes gilt es eine Politik zu betreiben, die gesellschaftliche
458 Bündnisse sucht und ermöglicht. Der Angriff der Unionsparteien auf
459 Nichtregierungsorganisationen und Menschen, die sich gemeinsam engagieren,
460 bestärkt uns in unserer klaren Haltung, dass eine starke, unabhängige und
461 breit aufgestellte Zivilgesellschaft das beste Rückgrat für eine starke
462 Demokratie ist – eine Demokratie, in der Menschen zusammenfinden, sich
463 Gehör verschaffen und auf dieser Grundlage Bündnisse schmieden können.
464 Deswegen stehen wir unverrückbar an der Seite der demokratischen
465 Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Kultur, die unter Druck stehen.
466 Wir brauchen sie neben den Unternehmen, Religionsgemeinschaften, dem
467 organisierten Sport und vielen anderen Akteuren, die gemeinsam unsere
468 Demokratie ausmachen und die wir als Partner*innen verstehen. Wir wollen
469 mit all diesen Partner*innen das Gespräch intensivieren und – wo nötig –
470 verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.

471 2. Als Zweites steht der Auftrag, mit einer hohen Glaubwürdigkeit in unseren
472 Kernthemen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Gleichstellung,
473 Freiheit, Bürger- und Menschenrechte ebenso wie Europa die Verbindung zu
474 unserer Stammwählerschaft zu stärken, uns gleichzeitig aber auch weiter zu
475 öffnen und besonders auf Menschen zuzugehen, die sich von uns bislang
476 nicht oder nicht mehr angesprochen oder inhaltlich vertreten fühlen. Wir
477 wollen auch Menschen überzeugen und für sie wählbar sein, die in einigen
478 Punkten Widerspruch zu unseren Vorstellungen haben. Wir stellen uns an die
479 Seite derer, die vom Erstarken der Rechtsextremen bedroht sind, vor allem
480 migrantische Communities. Ebenso stärken wir diejenigen, die sich aktiv
481 gegen Rechtsextremismus einsetzen. Die Stimmen und Perspektiven von
482 Menschen mit Diskriminierungserfahrung sind dabei richtungsweisend für
483 unser Handeln. Wir werden Rassismus und Diskriminierung entschieden
484 entgegentreten und Menschenrechte in das Zentrum unserer Politik stellen,
485 denn Menschenrechte sind unteilbar.
486 Wir halten Kritik aus und stellen uns ihr – das unterscheidet uns von
487 anderen. Dazu wollen wir aber auch dezidiert dort sichtbar, hörbar und
488 ansprechbar werden, wo wir dies bislang noch nicht ausreichend sind – und
489 wo uns anfangs auch ein harter Wind der Ablehnung entgegenweht.
490 Glaubwürdig wird dieser Anspruch nur, wenn wir bereit sind, andere
491 Perspektiven ernstzunehmen, zu verstehen, warum uns Menschen kritisch
492 sehen – und was wir tun müssen, um Vertrauen zurückzugewinnen.

493 3. Als Drittes kommt dazu heute mehr denn je die europäische und
494 internationale Dimension des Bündnisgedankens. Wir sind die Partei, die
495 für ein Vereintes Europa eintritt und darüber hinaus für eine Weltordnung
496 der Kooperation und des Rechts statt der Konfrontation und der Logik der
497 Gewalt. Das spiegelt sich in unserer Politik wider: Es muss aber auch
498 vermehrt Teil unserer Parteikultur werden. Denn wenn sich die
499 antidemokratischen, isolationistischen Akteure international aufstellen,

müssen wir dies um so mehr tun. Mit einem sehr europäisch orientierten Bundestagswahlkampf haben wir hier wichtige Schritte getan. Wir intensivieren jetzt unser Engagement für unsere Grüne europäische Parteienfamilie EGP, aber stärken auch jenseits davon unsere Verbindungen zu politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen in Europa und darüber hinaus. Auch in Europa kommt es darauf an, die unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten anzuerkennen und daraus Gemeinsamkeit zu entwickeln. In Berlin ist unser Anspruch die europäischste Opposition zu werden, die es bisher in deutschen Politik gab. Wenn die Bundesregierung in Brüssel die Stärkung Europas bremst oder den Green Deal rückabwickeln will, werden wir das in Berlin konsequent zum Thema machen. Gleiches gilt auch für die Schwächung der internationalen Zusammenarbeit.

Unser Selbstverständnis als Programm- und Bündnispartei bestimmt auch unsere Rolle in der Opposition. Einerseits werden wir vom Standpunkt unseres starken Programms klar machen, wo die Regierung zu kurz greift. Dafür werden wir auch in Bündnissen arbeiten, wenn es darum geht, Klimaschutz, Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit und die notwendigen Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Infrastruktur gegen die Regierung voranzubringen. Zugleich sind wir grundsätzlich dazu bereit, wo es sinnvoll ist, konstruktiv mit der Regierung und den demokratischen Parteien auf Landes-, Bundes- und Europaebene zusammenzuarbeiten.

5. Die wachsende Partei gemeinsam gestalten

Wir wollen uns als gewachsene Mitgliederpartei in unseren Strukturen erneuern. Eine moderne Mitgliederpartei muss vielfältige Möglichkeiten für Engagement, Beteiligung und Mitbestimmung geben. Sie muss zugleich eine Plattform bieten, die Mitgliedern, aber auch Interessierten die Möglichkeit gibt, eigene Ideen und Formate einzubringen und umzusetzen. Ihre Verfahren müssen demokratisch und das heißt nicht zuletzt fair, transparent und zugänglich sein. Sie müssen den gewandelten gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Auch das gehört zur Verantwortung einer demokratischen Partei angesichts antidemokratischer Tendenzen: Dass sie jenseits der Parlamente und Regierungen präsent, ansprechbar und wirkungsvoll ist. Dass sie zugleich in der politischen Auseinandersetzung schlagkräftig und sichtbar ist.

Dafür brauchen wir starke, agile und handlungsfähige Gremien, vom Ortsverband über LAGen und BAGen bis hin zur Bundespartei als Teil der Grünen europäischen Parteienfamilie. Dazu gehört gerade auch der Ausbau der Koordination zwischen Bundesverband und Landesverbänden, um unsere Kräfte gemeinsam und zielgerichtet einzusetzen. Dafür brauchen wir zugleich Mitmach-, Gesprächs- und Kampagnenformate jenseits der Gremien – mit neuen, vielfach digitalen Möglichkeiten der Beteiligung. Wir haben 160.000 Mitglieder – und ihre Unterstützung brauchen wir in Kampagnen, bei der Mobilisierung und in der Bündnisarbeit. Wir wollen eine Partei für Menschen in vielfältigen Lebenssituationen sein, und auch Beteiligungsangebote für diejenigen schaffen, die nicht über ausreichend Zeit und Ressourcen für Gremienarbeit verfügen.

544 Für die notwendigen Strukturreformen ernennt der Bundesvorstand eine
 545 Satzungskommission mit vielfältigen Vertreter*innen aus unterschiedlichen
 546 Bereichen der Partei, die sowohl Mandatsträger*innen, als auch ehrenamtliche
 547 Mitglieder unserer Partei umfasst. Sie soll Vorschläge erarbeiten, ob und welche
 548 Änderungen an der Satzung und den parteiinternen Verfahren notwendig sind, damit
 549 die Partei in ihrer Organisation, Beteiligung und Mitgliederpartizipation den
 550 gewachsenen Anforderungen und der gestiegenen Mitgliederzahl gerecht werden
 551 kann. Der Bundesvorstand soll hierzu gemeinsam mit der Satzungskommission
 552 Diskussionsformate für die Parteimitglieder organisieren. Bei der Besetzung der
 553 Kommission und der Arbeit dieser behalten wir stets das Vielfalts- und
 554 Frauenstatut im Blick und wirken auf die weitere Verankerung intersektional
 555 feministischer Werte und Praktiken hin. Denn feministische Prinzipien leiten
 556 nicht nur unsere Politik sondern auch unsere Organisation. Es gilt zudem, unsere
 557 Jugendorganisation, die Grüne Jugend, wieder stärker in die Partei zu
 558 integrieren und die Stimme der jungen Menschen in unserer Partei ernstzunehmen.

559 Der Vorstand entwickelt zusätzlich mit der Initiative „Mitglieder treiben
 560 Innovation“ strategisch Formate, Strukturen und Instrumente, um die Potenziale
 561 nutzen zu können, die unsere gewachsene Partei mit über 160.000 Mitgliedern,
 562 einer starken kommunalen Verankerung und wachsender Bedeutung in der
 563 gesellschaftlichen Debatte bietet.

564 Die Weiterentwicklung erfolgt entlang von drei zentralen Handlungsfeldern:

- 565 1. **Beteiligung & Dialog:** Wir wollen unsere Beteiligungsformate analog wie
 566 digital stärken und weiterentwickeln. Auch in einer großen Partei braucht
 567 es direkte Mitgestaltung, niedrigschwellige Zugänge und einen besseren
 568 Austausch zwischen Basis, Mandatsträger*innen und Partei. Dafür schaffen
 569 wir Debattenräume jenseits der Parteitage – offen für alle Ebenen. So
 570 ermöglichen wir inhaltliche Diskussionen, stärken Beteiligung und fördern
 571 den lebendigen Austausch in der Partei.
- 572 2. **Kampagne & Kommunikation:** Wir verfügen über viele engagierte Mitglieder
 573 und professionelle Kampagnenarbeit. Um aktuellen Anforderungen gerecht zu
 574 werden, wollen wir die Kampagnenfähigkeit der Partei weiter stärken – auch
 575 jenseits klassischer Wahlkampfphasen. Dafür sollen neue
 576 Kommunikationsformate entstehen, die unsere Themen sichtbar machen und
 577 Mitglieder befähigen, selbst aktiv zu werden.
- 578 3. **Innovation & Initiative:** In der Partei existiert bereits eine hohe
 579 Innovationskraft. Diese wollen wir stärker sichtbar machen, bündeln und
 580 gezielt fördern. Digitale Tools, Plattformen, kreative Beteiligungsformate
 581 und konkrete Projekte aus der Mitgliedschaft sollen identifiziert,
 582 weiterentwickelt und in die Parteiarbeit integriert werden.

583 Damit diese Strukturen zum Erfolg führen können, muss die Partei so vielfältig
 584 sein, wie das Land, das sie vertritt. Wir richten das Augenmerk auf zwei
 585 besondere Herausforderungen.

586 1. Vielfalt ist unsere Stärke – in der Partei wie in der Gesellschaft. Über die
 587 Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich. Ein Drittel der Menschen in
 588 Deutschland ist über 60, 28 Prozent der Menschen haben eine Behinderung und ein
 589 Drittel hat eine Migrationsgeschichte. Die Realität ist vielfältig – nach

590 Herkunft, Ausbildung und Beruf, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher
591 Identität, Lebensort, finanziellem Hintergrund oder Behinderung. Und doch sind
592 Menschen, die nicht binär sind oder trans, in unserer Gesellschaft noch immer
593 kaum sichtbar – und erfahren verstärkt Diskriminierung.

594 Unser Ziel ist es, dass sich diese Vielfalt gemäß ihrem Anteil an der
595 Bevölkerung auch in unserer Partei und auf allen Ebenen widerspiegelt. Dafür
596 packen wir es an, unsere Strukturen inklusiver zu gestalten und diskriminierende
597 Hürden konsequent abzubauen, damit Mitgestaltung sichergestellt ist.
598 Gleichberechtigte Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung sind Grundrechte – sie
599 stehen niemals zur Debatte und dürfen nicht verletzt werden.

600 Unser Vielfaltsstatut zeigt: Wir sind die einzige Partei, die Vielfalt
601 strukturell verankert hat – weil politische Teilhabe kein Zufall sein darf. Dank
602 dieser Strukturen stellen wir heute die Fraktion mit dem höchsten Anteil an
603 Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Doch das reicht uns nicht. Wir haben viel
604 erreicht – und noch einiges vor uns, um die Repräsentation all jener zu
605 erreichen, die in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt oder übersehen
606 werden. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Denn eine gerechte, vielfältige
607 Demokratie lebt davon, dass alle mitgestalten können. Wer Perspektiven ernst
608 nimmt und aktiv einbindet, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
609 Inklusives Denken und Diversitätskompetenz gehören heute zu echter
610 Führungsfähigkeit. Diese Kompetenz werden wir weiter stärken und gezielt
611 fördern.

612 2. Ein nachhaltiges Wachstum grüner Politik hat im Osten größere Widerstände als
613 in allen anderen Regionen und macht Bündnisgrüne Politik vor Ort schwierig.
614 Gerade deswegen braucht es eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der
615 aktiven Grünen in der Fläche durch Landes- und Bundesebene, eine Vernetzung
616 grüner Akteure untereinander und in die Breite der Gesellschaft und eine klare
617 gemeinsame Strategie, in der Themen in und für Ostdeutschland gebündelt sowie
618 die Entwicklung und Unterstützung der Strukturen und die Verbesserung der
619 Sichtbarkeit von Ostperspektiven in der politischen Arbeit von Bündnis 90/Die
620 Grünen weiterentwickelt werden. Dazu wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit
621 Bundestagsfraktion, Ländern und Europa ab diesem Frühsommer die Präsenz vor Ort
622 in ostdeutschen Kreisverbänden zu einem Schwerpunkt machen. Den Kreisverbänden
623 werden dazu Veranstaltungspakete zur Verfügung gestellt, um sie bei der
624 Vorbereitung zu entlasten. Wir entwickeln die „Ostrunde“ der grünen
625 Landesvorsitzenden und Abgeordneten zu einem permanenten Beratungsgremium
626 weiter, das regelmäßig mit dem Bundesvorstand, führenden ostdeutschen
627 Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und externen Expert*innen
628 zusammenarbeitet. Der Bundesvorstand bereitet bis Ende Juni mit den
629 Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung
630 der Bundesgeschäftsstelle ein Konzept vor, welche Unterstützung der
631 Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen leisten
632 kann.

633 Im Herbst 2025 veranstaltet der Bundesverband im Osten ein hybrides Event für
634 die Gesamtpartei mit dem Schwerpunkt Osten. Aufbauend auf den Erfahrungen der

635 letzten beiden Ostkongresse sollen Debatten und Vernetzung für Ostdeutschland
636 gebündelt und mit diesem Event weitergeführt werden. Ziel ist u.a. die
637 Ermutigung und Vernetzung grüner und grün-naher Akteur*innen in und für
638 Ostdeutschland. Jenseits von Ostalgie oder Folklore soll an einer
639 wertschätzenden und realistischen Perspektive auf den Osten gearbeitet werden.
640 Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den
641 inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen
642 Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender
643 Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Der Ostkongress soll im Nachgang
644 ausgewertet und wenn erfolgreich verstetigt werden.

645

646 Unser Ziel ist eine bessere Repräsentanz und Sichtbarkeit ostdeutscher
647 Biografien. Dafür greifen wir auf die im Vielfaltsstatut verankerten Instrumente
648 zur Stärkung von Mitgliedern durch Empowerment-Strategien und Förderprogramme
649 zurück. Unser Ziel ist es, sie gezielt zu ermutigen und zu befähigen, im Osten
650 als grüne Politiker*innen sichtbar und wirksam zu werden.

651 Gemeinsam mit den Ost-Landesverbänden wird ein Konzept erstellt und zeitnah
652 umgesetzt, um politischen Perspektiven aus strukturschwachen Regionen in
653 sozialen Medien und die Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit der
654 Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Wir bauen unsere Fähigkeiten und
655 Instrumente aus, um eine vielfältige Öffentlichkeit jenseits einschlägiger
656 grüner Blasen zu erreichen. Dem Einfluss antidemokratischer Kräfte werden wir
657 eine konstruktive Politik mit verständlichen, alltagsnahen und wirksamen
658 Alternativen entgegensetzen.

659 Die Fundraising-Abteilung der Bundesgeschäftsstelle wird 2025 weiterentwickelt,
660 um die Eigenmittel der ostdeutschen Landesverbände gezielt auszubauen.

661

662 Die Vorschläge und Empfehlungen aller Gliederungsebenen und Akteur*innen sollen
663 gebündelt und in Bezug auf ihre politische Wirksamkeit und die nötigen
664 Voraussetzungen untersetzt werden. Die Maßnahmen sollen mit den bestehenden
665 Prozessen wie dem Strukturprozess und der Neuordnung der parteiinternen
666 Finanzierungsstrukturen zusammengeführt werden. Die Wirkung der ergriffenen
667 Maßnahmen bewerten wir, um Erfolgreiches zu verstetigen und weitere
668 Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.